Europäisches Parlament
2019-2024

Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

2023/2127(INI)

12.9.2023

ENTWURF EINES BERICHTS

über die Empfehlung des Europäischen Parlaments an den Rat und den Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zu den Beziehungen zwischen der EU und China (2023/2127(INI))

Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

Berichterstatterin Hilde Vautmans

INHALT

Seite

ENTWURF EINER EMPFEHLUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS.....3

ENTWURF EINER EMPFEHLUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

an den Rat und den Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zu den Beziehungen zwischen der EU und China (2023/2127(INI))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 30. Juni 2023 zu China,

– unter Hinweis auf die gemeinsame Mitteilung der Kommission und des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik vom 12. März 2019 mit dem Titel „EU-China – Strategische Perspektiven“ (JOIN(2019)0005),

– unter Hinweis auf die EU-Strategie für die Zusammenarbeit im indopazifischen Raum vom 16. September 2021,

– unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Rates vom 28. Juli 2020 zu Hongkong,

– unter Hinweis auf die Reden von Präsidentin Ursula von der Leyen zum Thema Risikominderung am European Policy Centre am 30. März 2023 und im Parlament am 18. April 2023,

– unter Hinweis auf die gemeinsame Mitteilung der Kommission und des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik vom 20. Juni 2023 an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat und den Rat mit dem Titel „Europäische Strategie für wirtschaftliche Sicherheit)“ (JOIN(2023)0020),

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 20. Mai 2021 zu chinesischen Gegensanktionen gegen Einrichtungen der EU und gegen MdEP und nationale Abgeordnete[1],

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 16. September 2021 zu einer neuen China-Strategie der EU[2],

– gestützt auf Artikel 118 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (A9-0000/2023),

A. in der Erwägung, dass China gleichzeitig ein Partner und zunehmend auch ein Wettbewerber und ein systemischer Rivale der EU ist;

B. in der Erwägung, dass die Europäische Union und China ein gemeinsames Interesse daran haben, konstruktive und stabile Beziehungen zu pflegen, die sich auf die Achtung

[1] ABl. C 15 vom 12.1.2022, S. 17.
[2] ABl. C 117 vom 11.3.2022, S. 40.

der regelbasierten internationalen Ordnung, das Völkerrecht eine ausgewogene Zusammenarbeit und Gegenseitigkeit gründen müssen;

C. in der Erwägung, dass die Kommunistische Partei Chinas nicht für dieselben Werte einsteht wie die europäischen Demokratien, zunehmend autoritäre Züge angenommen hat und auf internationaler Ebene Regierungsmodelle fördert, die im Widerspruch zu den Werten der EU stehen;

D. in der Erwägung, dass sich China wandelt und in Richtung einer neuen Ära der Sicherheit und Kontrolle bewegt, die durch eine zunehmend bestimmende Wirtschafts- und Außenpolitik, Versuche, die regelbasierte internationale Ordnung zu verändern, und zunehmend repressive innenpolitische Maßnahmen gekennzeichnet ist;

E. in der Erwägung, dass die EU ihre Interessen und Werte nur dann glaubwürdig gegen ein zunehmend dominant auftretendes China verteidigen kann, wenn es gemäß einem einheitlichen und geeinten Ansatz handelt;

F. in der Erwägung, dass Europa einen neuen Ansatz gegenüber China verfolgen muss, der auf der strategischen Autonomie Europas, der Gegenseitigkeit, der Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern und dem Widerstand gegen Versuche, Zwang auszuüben, beruht, wenn es seine Grundwerte verteidigen und als gleichberechtigter Partner behandelt werden will,

G. in der Erwägung, dass die EU nicht akzeptieren darf, dass China den rechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine in wesentlichem Maße politisch oder militärisch unterstützt oder dass EU-Sanktionen umgangen werden, die nach dem rechtswidrigen russischen Überfall auf die Ukraine verhängt wurden;

H. in der Erwägung, dass die EU weder einseitige Änderungen des Status quo in der Taiwanstraße, insbesondere mit Gewalt, noch anhaltende Menschenrechtsverletzungen in China, insbesondere in Xinjiang, Tibet, der Inneren Mongolei und Hongkong, akzeptieren darf;

1. empfiehlt dem Rat und dem Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik,

Einbeziehung Chinas in die Bewältigung globaler Herausforderungen

a) angesichts der immer wichtigeren Rolle, die China für die globale Sicherheit spielt, weiterhin mit dem Land zusammenzuarbeiten, um globale Herausforderungen wie Klimawandel und Verlust der biologischen Vielfalt, Gesundheitsversorgung und Pandemievorsorge, Schuldenerlass und humanitäre Hilfe zu bewältigen, und den Dialog mit China über Sicherheitsfragen zu intensivieren;

b) China aufzufordern, die regelbasierte internationale Ordnung zu wahren, insbesondere die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen, einschließlich der Achtung der territorialen Unversehrtheit und der politischen Unabhängigkeit aller Staaten;

c) diplomatische Stabilität zu bewahren und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass die EU bestimmter gegenüber China auftritt, damit das Land seiner Verantwortung als Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen gerecht wird und Druck auf Russland ausübt, den rechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu beenden;

d) zu bekräftigen, dass sich China als weltweit größter CO_2-Emittent verpflichten muss, den Höchststand seiner CO_2-Emissionen gemäß dem Übereinkommen von Paris und seinen eigenen Zusagen vor 2030 zu erreichen;

e) dafür zu sorgen, dass China in multilateralen Organisationen wie der Welthandelsorganisation (WTO), der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und den Vereinten Nationen eine konstruktive Rolle spielt und Schritte unterstützt, die darauf abzielen, Taiwans Teilnahme an Sitzungen, Mechanismen und Tätigkeiten einschlägiger internationaler Institutionen wie der WHO, der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) und dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen zu ermöglichen;

f) angemessen auf die Bemühungen Chinas um den Aufbau alternativer internationaler Organisationen, unter anderem im Rahmen der Staatengruppe der BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika), zu reagieren, indem man für eine bessere Abstimmung zwischen den EU-Mitgliedstaaten sorgt und die Partnerschaften mit gleichgesinnten Partnern in der ganzen Welt intensiviert;

Eintreten gegen Chinas Menschenrechtsverletzungen

g) darauf zu bestehen, dass China seiner Verantwortung als Weltmacht gerecht wird, indem es die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit wahrt;

h) für einen einheitlichen europäischen Ansatz zu sorgen, wenn China seinen wirtschaftlichen Einfluss nutzt, um gegen die Menschenrechtsverletzungen des Landes erhobene Stimmen zum Schweigen zu bringen; den Menschenrechtsdialog mit China zu intensivieren und die Mitglieder des Europäischen Parlaments stärker darin einzubeziehen sowie auf einen einheitlichen Ansatz bei der kulturellen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit China hinzuarbeiten und gleichzeitig unzulässige Einflussnahme vonseiten chinesischer Finanzierungsquellen zu verhindern;

i) eine unabhängige und unparteiische Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen in China, insbesondere in Xinjiang und Tibet, durch die Vereinten Nationen zu unterstützen und die chinesischen staatlichen Stellen nachdrücklich aufzufordern, einen wirksamen Zugang zu den betroffenen Regionen zu gewähren und den uigurischen Wissenschaftler und Sacharow-Preisträger des Jahres 2019 Ilham Tohti unverzüglich und bedingungslos freizulassen;

j) sich der Fälle von EU-Bürgern wie des schwedischen Buchhändlers Gui Minhai anzunehmen, die in China ohne Gerichtsverfahren in Gewahrsam gehalten werden, und alle diplomatischen Kanäle zu nutzen, um mit Nachdruck auf ihre Freilassung hinzuwirken;

k) sich mit der Zivilgesellschaft in China und Hongkong solidarisch zu zeigen und in enger Zusammenarbeit mit internationalen Partnern die Umsetzung des EU-Menschenrechtsrahmens zu beschleunigen, zu dem nach dem Vorbild des Magnitski-Gesetzes der USA das Einfrieren ausländischer Vermögenswerte und Visumsbeschränkungen gegen Personen gehören, die an Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind, einschließlich politischer Entscheidungsträger in Hongkong;

l) in Zusammenarbeit und Abstimmung mit gleichgesinnten Partnern alle Kanäle zu ermitteln und zu schließen, über die derzeit transnationale Repressionsmaßnahmen der Volksrepublik China, auch in der Europäischen Union und insbesondere solche, die sich gegen in der Diaspora lebende Gemeinschaften richten, ermöglicht werden;

m) Hongkongs Autonomiestatus vor dem Hintergrund des Gesetzes über die nationale Sicherheit, des Verstoßes der VR China gegen ihre internationalen Verpflichtungen, der Verstöße des Landes gegen die chinesisch-britische gemeinsame Erklärung, den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und den Grundsatz „Ein Land, zwei Systeme“ sowie angesichts des massiven Vorgehens gegen Hongkongs Autonomie und gegen Oppositionelle und Mitglieder der Zivilgesellschaft, zu überprüfen;

n) die Bestrebungen der chinesischen Staatsorgane zu verurteilen, gegen die in der Diaspora in der EU lebenden Gemeinschaften Hongkongs vorzugehen, und fordert die Mitgliedstaaten auf, Auslieferungsverträge mit der VR China und Hongkong auszusetzen;

Wahrung der strategischen Autonomie Europas durch Risikominderung beim Umgang mit China

o) geschlossen darauf hinzuarbeiten, einen einheitlichen Ansatz der Mitgliedstaaten gegenüber China zu fördern und die strategische Autonomie der EU zu stärken, damit Europa in die Lage versetzt wird, seine Werte und wirtschaftlichen Interessen sowie die auf Regeln beruhende internationale Ordnung zu verteidigen;

p) auf einen erneuerten, selbstbewussten und kohärenten Ansatz der EU gegenüber China hinzuarbeiten, mit dem die Beziehungen zur VR China im Interesse der EU als Ganzes gestaltet werden und der den Herausforderungen in vollem Umfang Rechnung trägt, die sich aus dem Aufstieg der VR China zu einem globalen Akteur sowie der zunehmend repressiven Innenpolitik und dominierenden Außenpolitik des Landes ergeben;

q) die wirtschaftliche Autonomie der EU zu stärken, für beide Seiten vorteilhafte Wirtschaftsbeziehungen sicherzustellen und zu verhindern, dass sensible Technologien von China für militärische Zwecke eingesetzt werden, indem das Handelsströmen innewohnende Risiko verringert wird und kritische Abhängigkeiten von der VR China reduziert werden, ohne dass damit eine Entkopplung oder Abwendung von der Außenwelt angestrebt wird;

r) in diesem Zusammenhang die europäische Strategie für wirtschaftliche Sicherheit

zügig umzusetzen und unsere bestehenden Handelsinstrumente besser zu nutzen, um die nachteiligen Auswirkungen der Risikominderung auf die europäische Wirtschaft zu minimieren und für eine enge Abstimmung mit gleichgesinnten Partnern in der ganzen Welt, wie unseren transatlantischen Partnern und Partnern in Südostasien, zu sorgen;

s) auf einen besser koordinierten Ansatz für den Schutz kritischer Infrastrukturen auf EU-Ebene hinzuarbeiten;

t) für eine stärkere Koordinierung und Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern in Fragen von gemeinsamem Interesse zu sorgen, insbesondere, aber nicht ausschließlich in Fragen wie strategische Abhängigkeiten, wirtschaftlicher Zwang, politische Einflussnahme und Desinformation, sowie die Förderung eines regelbasierten Multilateralismus und einer strategischen Solidarität zwischen Demokratien;

u) zu betonen, dass die „Ein-China-Politik“ der EU nach wie vor das Fundament unserer Beziehungen sowohl mit der VR China als auch mit Taiwan bildet, aber auch auf die positive Wirkung einer Vertiefung der Beziehungen zwischen der EU und Taiwan hinzuweisen;

v) die EU-Politik der Beziehungen zu Taiwan auf den Prüfstand zu stellen und die Demokratie dort gemeinsam mit gleichgesinnten Partnern weiterhin zu unterstützen; in diesem Zusammenhang einen weiteren Austausch zwischen dem Parlament und den entsprechenden Organen Taiwans zu fördern;

w) dafür Sorge zu tragen, dass der Status quo in der Taiwanstraße nicht durch Gewalt oder Zwang geändert wird, indem Initiativen zur Förderung des Dialogs, der Zusammenarbeit und der Vertrauensbildung zwischen den beiden Seiten unterstützt werden; eine unterschiedliche Szenarien berücksichtigende Strategie zur Bewältigung potenzieller sicherheitspolitischer Herausforderungen in der Taiwanstraße auszuarbeiten;

x) eine StratCom-Taskforce „Fernost“ im Europäischen Auswärtigen Dienst einzurichten, die damit betraut wird, Chinas Desinformationskampagnen und gegen einzelne Staaten gerichtete Maßnahmen zu ermitteln, zu überwachen und Gegenmaßnahmen zu ergreifen;

y) die Global-Gateway-Strategie als Instrument zur Intensivierung der Kontakte und der Geschäftsbeziehungen der EU mit Partnern aus Entwicklungsländern umfassend zu nutzen und damit eine Alternative zu Chinas Strategien für ausländische Investitionen zu bieten;

2. beauftragt seiner Präsidentin, diese Empfehlung dem Rat, der Kommission und dem Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik sowie – zur Information – der Regierung der Volksrepublik China zu übermitteln.